

Harald Berwanger/Karsten Rudolph

Das demokratische Versprechen

Deutsche Außenpolitik im Ukraine-Konflikt

Die Maidanbewegung war der erfolgreiche Aufstand einer emanzipierten, breiten Mitte der ukrainischen Gesellschaft gegen ein Regime, das begonnen hatte, Widerspruch mit Gewalt zu beantworten, die Justiz für politische Zwecke zu instrumentalisieren, Wahlen zu manipulieren und die Bürgerrechte mit Füßen zu treten. Sie war das Ergebnis einer Entwicklung, die seit der Orangen Revolution 2004 eine junge Generation heranwachsen ließ, die europäische Werte wie Toleranz und Freiheit selbst erfahren hatte und bereit war, für diese zu kämpfen. Als sich die Regierung weigerte, das ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, war den Bürgern rasch klar, dass ihr Land in eine russische Satrapie geführt werden sollte und Janukowitsch als Lukaschenko enden würde.

Angesichts dieser Lage hat die SPD klug gehandelt: Sigmar Gabriel besuchte den Maidan und demonstrierte so, dass die Partei ein eigenes Empfinden für soziale Protestbewegungen und ein waches Bewusstsein für das demokratische Versprechen und die eigenen internationalen Traditionen besitzt. Außenminister Frank-Walter Steinmeier handelte umsichtig, indem er alles daran setzte, die EU angesichts der Ukraine-Krise glaubwürdig, geschlossen und handlungsfähig zu halten. Eine erneute Spaltung in ein altes und ein neues Europa wäre fatal gewesen. Im Mai 2014 konnte mit Petro Poroschenko ein neuer Präsident gewählt werden. Die in Aussicht stehende Wahl eines neuen Parlaments und einer neuen Regierung wird den zentralen politischen Institutionen des Landes weitere demokratische Legitimationskraft verleihen.

Die Hauptverantwortung für die Eskalation der Lage in der Ukraine liegt klar

und deutlich in Moskau. Es hat die Annexion der Krim in einem gewaltsamen und völkerrechtswidrigen Akt vollzogen und damit erstmals die Nachkriegsordnung in Europa und die Grenzen zwischen den Staaten gewaltsam verändert. Seit Jahren verfolgt es eine Politik, die auf eine »Rückholung« von vermeintlich russischen Territorien abzielt. Daneben sucht es ehemalige sowjetische Staaten in sein Einflussgebiet zu bringen. Das ist der Zweck der Eurasischen Wirtschaftsunion, die weiter geht als der vormalige, lose Verbund der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Entscheidung von Staaten wie Moldau, Georgien und eben auch der Ukraine sich dieser Union nicht anzuschließen, wird von Moskau nicht akzeptiert und mit einem Handelskrieg beantwortet. Dabei zielt die Politik der EU-Assoziierungsabkommen keineswegs auf die Erweiterung der Union, sondern bietet eine Alternative, die auf russische Interessen Rücksicht nimmt. Mehr noch: Die EU hat im Verlauf der Verhandlungen immer wieder versucht, Russland in die Östliche Partnerschaft (ÖP) einzubinden.

Der Kreml verantwortet das Treiben einer marodierenden Soldateska, die logistisch, personell und in ihrer Bewaffnung massiv unterstützt und politisch benutzt wird. Das politische Ziel dieser Söldner in der Ost-Ukraine ist es, ein ebenso illegitimes wie inkompetentes Zwischenreich, genannt »Nowaja Russija« mit den Gebieten Luchansk und Donzек im Osten, Odessa im Süden und dem zu Moldau gehörenden Transnistrien im Südwesten zu errichten.

Der bereits dritte UN-Menschenrechtsbericht in wenigen Wochen hebt die massiven Übergriffe der prorussischen Separatisten hervor. Sie hätten eine »Herrschaft

der Angst und des Schreckens« errichtet. Mehr als 800 Menschen, darunter lokale Politiker, Beamte, Angestellte der Kohlebergwerke, Lehrer, Journalisten, Geistliche und Studenten seien entführt worden. Es werde gefoltert und exekutiert. Der Slogan der Separatisten auf der Krim »Faschismus oder Heim nach Russland« ist ein böses Omen für die weitere Entwicklung.

Dietmar Nietan ist deshalb nur zustimmen, wenn er davon spricht, dass Moskau »eine rote Linie überschritten«

*Gibt es eine
Perspektive
im europäischen
Kontext?*

haben. Wer sonst außer Putin könnte mit dem blutigen Spuk in der Ostukraine ein Ende machen? Und womit sonst, als mit Sanktionen könnte die EU auf eine

Politik reagieren, die in Europa gewaltsam Grenzen verändert, mit rechtsextremen Kräften zusammenarbeitet, die demokratische Bewegung in einem Nachbarland zu ersticken trachtet und Russland selbst immer tiefer von einer defekten Demokratie in eine Rohstoffdiktatur führt? Bereits jetzt stellt sich die Frage, ob Wladimir Putin noch zu einer Umkehr fähig und willens ist, die dem eigenen Land wieder eine Perspektive im europäischen Kontext gibt.

Natürlich hat die Implosion der Supermacht Sowjetunion Verwundungen hinterlassen. Der anschließende Niedergang Russlands konnte nur vorübergehend durch wirtschaftliche Erfolge wettgemacht werden. In der russischen Bevölkerung besteht unzweifelhaft eine verbreitete Disposition zu einem irredentistischen Nationalismus und zu Großmachtambitionen, zu Verschwörungstheorien und diffusen Ängsten, die von den gelenkten Medien kräftig bedient, benutzt und auch manipuliert werden. Aber die immer wieder beschworene Einkreisung Russlands durch die EU, die NATO und die USA beruht vor allem auf einer fortgesetzten Selbstausschließung. Die Außenpolitik Moskaus erinnert mehr und mehr an die Großmachtspolitik des 19. Jahrhunderts, an das soge-

nannte »Great Game«, in dem das zaristische Russland, wie es treffend Dmitri Trenin vom Carnegie Moskau Zentrum beschreibt, um die Vorherrschaft mit dem britischen Empire kämpfte. Nur, dass heute das Verhältnis zwischen Russland und der Konkurrenzmacht USA asymmetrisch ist. Das meinte der US-Präsident als er nach der Annektierung der Krim öffentlich sagte: »Moskau ist eine Regionalmacht«. Der Kreml sucht dagegen eine Auseinandersetzung, die der Nachfolger von George Bush jun. eigentlich schon abgesagt hatte. Barak Obama gab nicht nur den Raketen-schild über Europa auf; er interessierte sich auch eher für den Fernen Osten als für den Kaukasus. Deswegen spricht einiges dafür, dass die Außenpolitik des Kreml immer stärker von innenpolitischen Motiven bestimmt wird.

Die Verbindungen wichtiger Teile der Moskauer Machtelite mit dem Politologen und Mitglied der Akademie der Wissenschaften Alexander Dugin, der bisweilen als heimlicher »Chef-Ideologe« Putins genannt wird, sind beunruhigend. Dugin wird zitiert mit der Aussage: »Wir haben dem Liberalismus einen globalen Dschihad erklärt, da der Liberalismus ebenfalls ein Kreuzzug gegen die Menschlichkeit ist.« Dugin vertritt das Ziel des Aufbaus eines kontinentalen Imperiums unter Führung Russlands, genannt Eurasien, er redet geradezu einen Krieg zwischen Ost und West herbei und fordert von Putin einen rücksichtslosen imperialen Expansionskurs.

Eine Befreiung aus der schier endlosen postkommunistischen Zeit, die Ablösung alter Machtstrukturen und Mentalitäten durch eine moderne Zivilgesellschaft, eine wachsende Wirtschaft und einen Verfassungsstaat – dies im »Brudervolk der Ukraine« realisiert zu sehen, wäre für Dugin und Putin geradezu ein Mentekel. Eben dies erklärt vor allem anderen die Unnachgiebigkeit der russischen Interventionen in das Nachbarland. Es müsste dem

Kreml aber ebenso klar sein, dass die demokratischen Staaten auf der Seite einer demokratischen Ukraine stehen müssen, wenn sie sich nicht selbst verleugnen wollen.

Die deutsche Ostpolitik hat im Ukraine-Konflikt und angesichts der Konsequenzen einer neu formulierten russischen Machtpolitik ihre Selbstgewissheit verloren und ist beträchtlichen Herausforderungen ausgesetzt:

Erstens: Die Vertrauensbasis zwischen Berlin und Moskau ist schwer beschädigt, aber ohne Vertrauen funktioniert keine Politik der Verständigung, gedeiht keine Entspannung. Das war die entscheidende Erfahrung des Kalten Krieges. Deswegen muss ein direktes Gespräch stets möglich sein.

Zweitens: Jede Verständigungspolitik gegenüber Moskau kann nur im Rahmen der EU und des westlichen Bündnisses erfolgreich sein. Sie muss die Sicherheitsinteressen der osteuropäischen Staaten mit aufgreifen.

Drittens: Die SPD steht als historische Kraft für den demokratischen Sozialismus, für den internationale Solidarität kein Fremdwort ist. Ihre Unterstützung gilt deshalb zuerst Demokratiebewegungen und Demokratiebestrebungen; ihre Kritik trifft jedwede Form repressiver Politik, egal ob in der Ukraine oder in Russland. So sollten die im Schatten des Ukraine-Konflikts eilig erlassenen Gesetze gegen die Opposition, gegen soziale Medien und zivile Netzwerke deutlich gegenüber Putin angesprochen werden.

Viertens: Eine sozialdemokratische Außenpolitik tut gut daran, jede Form von bewaffneter Außenpolitik, wie sie Moskau an der Grenze zur Ukraine betreibt, auf allen Seiten zu ächten. Deswegen ist eine Politik kalkulierter und überprüfbarer Sanktionen ein probates und verhältnismäßiges Mittel demokratischer Staaten, um Unrecht zu begegnen und eigene Interessen zu vertreten.

Fünftens: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa muss im Konzept eines nachhaltigen Krisenmanagements eine aktive und neutrale Rolle spielen können. Dagegen ist es unsäglich, wenn das kurzfristig anberaumte, illegale Referendum auf der Krim von sogenannten »Wahlbeobachtern« überwacht wird, die aus dem »Who is Who« der rechts- und linksextremistischen Parteien Europas stammen. Es ist auch unerträglich, wenn die Untersuchungen der OSZE-Mitarbeiter am Absturzort der MH-17 massiv behindert werden.

Sechstens: Der russisch-ukrainische Konflikt wird das Verhältnis zwischen den beiden Staaten stärker verändern als wir uns das heute vorstellen können. Es wird die Ukraine in einem Maße in die Richtung der Europäischen Institutionen katalysieren, wie es uns noch nicht bewusst ist und manchen lieb sein dürfte. Deswegen werden selbst nach einer Beendigung des akuten Ukraine-Konflikts grundsätzliche Fragen des Umgangs mit diesem großen europäischen Land auftauchen, die über das jetzt abgeschlossene Assoziierungsabkommen hinaus reichen.



Harald Berwanger

ist außen- und europapolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion und leitet das Verbindungsbüro in Brüssel.

harald.berwanger@spdfraktion.de



Karsten Rudolph

lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

karsten.rudolph@rub.de